

Bekanntnis zur Uni überwiegt Kantonskonflikt

1,35 Milliarden Franken bewilligt Leistungsauftrag und Globalbeitrag für die Uni Basel sind in trockenen Tüchern. Bei der Partnerschaft der beiden Basel besteht jedoch noch Klärungsbedarf.

Jan Amsler

Kurz vor der Mittagspause ist im Basler Rathaus ein strahlender Beat Oberlin anzutreffen. Der Präsident des Universitätsrats hat am Mittwochmorgen die Debatte des Grossen Rats von der Zuschauertribüne aus mitverfolgt, zusammen mit Matthias Geering, dem Sprecher der Uni Basel. Das Parlament bewilligte mit jeweils nur einer Gegenstimme Leistungsauftrag und Globalbeitrag für die Universität Basel sowie den revidierten Staatsvertrag mit dem Mitträgerkanton Baselland. Es geht um 1354,9 Millionen Franken für die Jahre 2022 bis 2025.

Das klare Abstimmungsresultat war nach der Vernehmlassung und der Kommissionsberatung absehbar. So war es dann auch nicht der Beschluss an sich, der Lachfalten auf Oberlins Gesicht zauberte, sondern vielmehr das klare Bekennntnis zur Bildungsinstitution.

Wie misst sich der Standortvorteil?

Vor sechs Jahren tönte das vor allem im Baselbiet noch anders; es stand sogar zur Diskussion, den Staatsvertrag zu kündigen. Vergangene Woche jedoch segnete auch der Baselbieter Landrat das Geschäft einstimmig ab. «Heute redet man nur noch von «unserer Universität», und ich spüre überall Begeisterung. Das freut mich wirklich sehr», sagt Oberlin.

Auch wenn die Uni in den beiden Kantonsparlamenten starke Unterstützung erfährt, so ist das



Die Uni Basel – wie schwer wiegt der Standortvorteil für Basel-Stadt? Foto: Juri Weiss

Verhältnis der beiden Kantone untereinander nicht restlos geklärt. Die Basler Grossrätinnen und Grossräte kritisierten am Mittwoch ihre Kantonsregierung dafür, dass Basel-Stadt wegen des Standortvorteils vom sogenannten Restdefizit zehn Prozent übernehmen muss. Ein

Standortvorteil, der in den Augen sämtlicher Fraktionssprecherinnen und -sprecher weder mathematisch noch wissenschaftlich begründet sei.

Es handle sich um ein politisches Verhandlungsergebnis, ist man sich einig. Und Basel habe offenbar weniger gut verhandelt

als Baselland. Bei künftigen Staatsverträgen solle die Regierung diesen Standortvorteil mit nachvollziehbaren Berechnungen belegen, wird gefordert.

Auch der Kanton Baselland, der sich nach schwierigen Jahren finanziell wieder erholen konnte, steht in der Kritik. Damals half

Basel-Stadt seinem Nachbarn mit 80 Millionen Franken aus. Ein Betrag, der nun auch zurückbezahlt oder in einer anderen Form für die Partnerschaft investiert werden könnte, wie etwa Joël Thüring von der SVP und Beat von Wartburg von der LDP sagten. Dennoch überwiegt die



Grosser Rat

Berichterstattung aus dem Rathaus

Freude am zustande gekommenen Universitätsvertrag und am neuen dynamischen Finanzierungsschlüssel, der auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Kantone berücksichtigt. Für die kommenden vier Jahre läuft es unter dem Strich beinahe auf eine Fifty-fifty-Finanzierung hinaus: Basel-Stadt bezahlt 684,8 Millionen Franken, Baselland 670,1 Millionen.

Angst vor Abbau in Lehre und Forschung

Vereinzelt in der Ratsdebatte und auch schon in der vorbereitenden Bildungs- und Kulturkommission wurde befürchtet, die neuen Zuständigkeiten im Immobilienbereich hätten Auswirkungen auf die personelle Besetzung des Universitätsrats und damit zur Folge, dass Lehre und Forschung im Gremium weniger Gewicht bekämen.

Beat Oberlin bestätigt zwar Pläne, dass sich im Universitätsrat eine Person um die Immobilien kümmern soll, zumal die Verantwortung für die Infrastruktur neu diesem Gremium und nicht mehr dem Kanton obliegt. Doch das würde «überhaupt keine Einbussen für Lehre und Forschung» bedeuten, stellt er klar. Die Kompetenz diesbezüglich werde auf anderer Ebene, etwa den Lehrstühlen, sichergestellt. Das sei auch bisher so gewesen.